

Vor zwanzig Jahren  
starb Bruno Heck

## „Gläubig tätig auf festem Grund“

Jürgen Aretz

Mehr als vierzig Jahre ist Bruno Heck politisch tätig gewesen. Ungewöhnlich lange nahm er Schlüsselfunktionen wahr – als Bundesgeschäftsführer und Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, als langjähriger Bundestagsabgeordneter, als Bundesminister unter drei Kanzlern (Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger) und zuletzt als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als er am 16. September 1989 auf einer Wanderung in der schwäbischen Heimat unerwartet starb, hatte er dank seiner unverwechselbaren, oft sehr direkten Art die (Vor-)Urteile der Zeitgenossen längst bestimmt: Für seine Kritiker war er ein „konservativer Moralist“ (*Die Zeit*), seine Freunde beschrieben ihn als „gläubig tätig auf festem Grund“ (Heinrich Basilius Streithofen).

In der Tat war der christliche Glaube für Heck verlässlicher Kompass und zugleich die Leitlinie seines politischen Handelns, dessen Grenzen er so beschrieb: „Die Hoffnung auf ein Paradies auf Erden, das aus menschlicher Kraft geschaffen werden könnte, wird durch christlichen Glauben nicht gedeckt. Der Christ weiß, dass die Bearbeitung der Erde mühselig bleiben und dass Frieden in seiner ganzen Fülle erst jenseits dieser Zeit sein wird.“

Konservativ war Heck sicher in dem Sinne, dass er bereit war, das Bewährte zu prüfen, nicht aber, es um des Prinzips willen infrage zu stellen oder stellen zu lassen. Heck setzte sich dort und insoweit

für Veränderungen und Reformen ein, wo er sie im Interesse der Menschen und des Gemeinwesens für hilfreich und geboten hielt. Das hat er in seinen verschiedenen Funktionen wiederholt unter Beweis gestellt. Ideologien aber waren ihm verdächtig.

Gerade in den 1970er-Jahren, als Utopien wieder denkbar und Reformen unbegrenzt „machbar“ schienen, stieß sein Politikverständnis auf Widerspruch, manchmal auch auf überhebliche Ablehnung. Heck nahm das nur äußerlich gelassen hin. In dem zeitgeistbedingten „Reformismus“ sah er eine Gefahr für die Grundlagen des nach der nationalsozialistischen Katastrophe Erreichten, der ideellen wie der materiellen Erfolge. Die folgenden Jahrzehnte haben ihm und seinen Mitstreitern immer wieder recht gegeben.

Hecks Grundhaltung charakterisierte damals einen großen Teil der Christlich-Demokratischen Union. Das durch diese Grundhaltung bestimmte Handeln bewies, dass eine nicht nur nominell, sondern tatsächlich an christlichen Werten orientierte Politik Glaubwürdigkeit gewinnen und tragfähige Problemlösungen für die Sorgen und Anliegen der Menschen bieten kann. Nicht zuletzt Hecks Wirken belegt eindrucksvoll, wie notwendig diese innerparteiliche Orientierung für den Gesamterfolg der Partei CDU war – und wohl auch zeitlos bleiben wird.

Bruno Heck wurde am 20. Januar 1917 in Aalen geboren. Er stammte aus einfa-

chen Verhältnissen. Zum Abitur gelangte er mit kirchlicher Hilfe.

## Der Weg nach Bonn

Heck, der in der katholischen Jugendorganisation „Neudeutschland“ aktiv war, geriet vor dem Krieg mit den Nationalsozialisten aneinander, und nach dem Krieg, aus dem er als Oberleutnant zurückkehrte, gehörte er zu den wenigen, die die Geisteshaltung der eigenen Generation selbstkritisch hinterfragten. Als Vorsitzender der Tübinger Studentenvertretung beklagte er auf einem Studententag der französischen Besatzungszone den unzureichenden Widerstand gegen den Nationalsozialismus und führte aus: „Auch wenn wir nationalsozialistisch nicht gedacht haben – nationalistisch haben wir gedacht.“ Die Rede machte ihn überregional bekannt.

Nach Abschluss seines Studiums der Klassischen Philologie, Germanistik und Geschichte war er kurze Zeit Gymnasiallehrer, promovierte und wurde bald persönlicher Referent des Kultusministers von Württemberg-Hohenzollern. Schon 1952 folgte die Berufung zum hauptamtlichen Geschäftsführer der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, die in ihren Anfängen steckte – wie die gesamte Parteiorganisation. Mit minimalen personellen und finanziellen Mitteln musste Heck ebenso die Programmarbeit auf den Weg bringen und die Wahlkämpfe organisieren.

Die Zusammenarbeit mit dem „Partei-patriarchen“ Konrad Adenauer gestaltete sich zunächst nicht unproblematisch: Die ersten Jahre empfand Heck als „das härteste Brot“, das er je gegessen habe. Seine Loyalität gegenüber Adenauer blieb davon unberührt.

Mit Heck begann eine neue Phase der jungen Partei: Er suchte sie als moderne und zugleich auf Sicherheit und Bewahrung bedachte Volkspartei zu präsentieren. Bei den Bundestagswahlen 1957 er-

rang er das Direktmandat im Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen, das er bis zu seinem freiwilligen Verzicht 1976 viermal verteidigte. Das Amt des Bundesgeschäftsführers gab er 1958 auf, um sich ganz seiner parlamentarischen Arbeit widmen zu können.

Innerhalb kurzer Zeit erwarb er sich einen hervorragenden Ruf als Medienpolitiker. Die CDU wollte ihn zum Gründungsintendanten für das neue ZDF machen. Die Berufung scheiterte 1962 am Widerstand der SPD. Medienpolitisch blieb er auch in der Folge tätig: Für 28 Jahre stand er an der Spitze des Verwaltungsrates der Deutschen Welle, des Auslandssenders der Bundesrepublik.

## Bundesminister und erster CDU-Generalsekretär

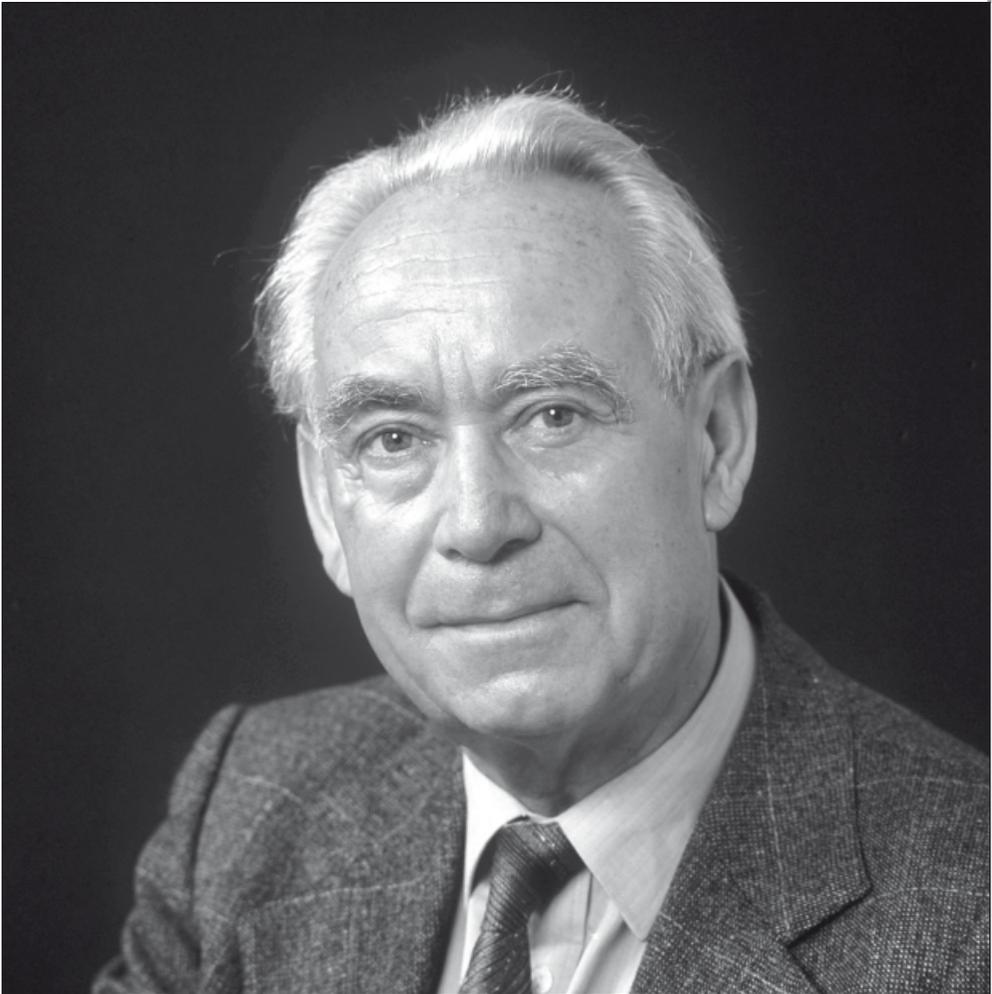
Nach der „Spiegel-Affäre“ berief Adenauer den 45-Jährigen als Bundesminister für Familie und Jugend in die Regierung; Heck war damit nach Rainer Barzel das zweitjüngste Kabinettsmitglied. Bundeskanzler Erhard bestätigte ihn 1963 in seinem Amt.

Ganz in der Tradition der kirchlichen Soziallehre sah Heck, Vater von sechs Kindern, in der intakten Familie die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen. Er konnte etliche konkrete Verbesserungen für die Familien durchsetzen; im Besonderen geht die erste breite gesetzliche Ausbildungsförderung auf ihn zurück. Heck hat seine soziale Herkunft nie vergessen.

Intensiv betrieb er nach Abschluss des deutsch-französischen Vertrages durch Adenauer und de Gaulle den Aufbau des „Deutsch-Französischen Jugendwerks“ (DFJW). Auch dieses in seiner Bedeutung heute kaum mehr nachvollziehbare Beispiel der Versöhnungs- und Verständigungsarbeit war ihm aufgrund seiner Kriegserlebnisse ein persönliches Anliegen. Das DFJW symbolisierte ein Stück weit den Weg zu einem neuen Europa. In

*Der CDU-Politiker Bruno Heck,  
aufgenommen auf dem Bundesparteitag der CDU am 9. März 1981 in Mannheim.*

© picture-alliance/dpa, Foto: Porträtdienst



der Tradition Adenauers und der CDU gab es für Heck einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der europäischen und der deutschen Frage – den „zwei Seiten einer Medaille“.

Im Herbst 1966 scheiterte die Koalition von CDU, CSU und FDP und mit ihr Bundeskanzler Erhard. Die Vorgänge schienen Hecks negatives Bild von der FDP zu bestätigen. Für den praktizierenden Katholiken, der zugleich die christliche Ökumene lebte, gehörte die dama-

lige FDP weltanschaulich in das neunzehnte Jahrhundert. In dieser Situation zog er trotz der auch hier notwendigen Abgrenzung die SPD als Koalitionspartner vor, zumal die Sozialdemokraten die Einführung des Mehrheitswahlrechtes zugesichert hatten. Später konstatierte Heck, man sei der SPD und im Besonderen Herbert Wehner „auf den Leim gegangen“. Kurt Georg Kiesinger, der neue Bundeskanzler, ernannte Heck wieder zum Familienminister.

Nach zwei Jahren schied Heck aus der Bundesregierung, um sich ganz auf sein Amt als Generalsekretär der CDU zu konzentrieren, das er seit dem Frühjahr 1967 bekleidete. In dieser Funktion sollte er auf der Parteebene das Profil gegenüber dem Koalitionspartner SPD schärfen.

Das betraf entscheidend die Ost- und Deutschlandpolitik, deren Vordenker Bahr der engste Berater von Außenminister Brandt war. Heck schrieb im September 1968, die von Bahr entwickelte These vom „Wandel durch Annäherung“ sei durch die sowjetische Invasion in der CSSR (August 1968) „sichtbar widerlegt“ worden.

Im November 1968 legte die CDU ihr neues „Berliner Programm“ vor, das „wesentlich“ (so Helmut Kohl) auf Heck zurückging und auch von der kritischen Presse überraschend positiv aufgenommen wurde. Heck wollte mit diesem Programm Konsequenzen aus der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskussion ziehen. Die Partei sollte sich für die Siebzigerjahre offener und betont zukunftsgerichtet präsentieren.

## In der Opposition

Das neue Programm und die wesentlich durchs Hecks Regie erfolgreiche Wahlkampf mobilisierung führte bei den Bundestagswahlen 1969 zu einem glänzenden Ergebnis für die CDU. Dennoch konnten SPD und FDP eine knappe Mehrheit erringen. Kiesinger verlor sein Amt an Brandt.

Die politische Situation war emotional hoch angeheizt, aber gleichwohl versuchte die CDU, ihre Niederlage zu analysieren und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das geschah in einer Kommission unter Leitung des jungen Helmut Kohl, den Heck zur „Avantgarde“ der Partei zählte. Heck war der erste Parteiprominente, der sich auf Kohls Seite stellte. Als Rainer Barzel Kiesinger im Parteivorsitz ablöste, konnte und wollte Heck keine zentrale Rolle mehr

spielen. Barzel und Heck verband gegenseitiges Misstrauen. Heck formulierte: „Wir sind fundamental verschiedene Leute.“

In der Diskussion um die Ostpolitik Brandts, die die frühen Siebzigerjahre bestimmte, zählte Heck zu den Kritikern, die das Prinzip von Leistung und Gegenleistung durch die Politik und die Verhandlungsführung der Regierung Brandt/Scheel missachtet sahen. Im Unterschied zu anderen Vertretern der Union lehnte Heck aus realpolitischen Gründen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht prinzipiell ab, hielt es aber für zwingend geboten, diese Frage mit der Überwindung der deutschen Teilung zu verknüpfen.

Auch nach dem Scheitern Barzels und der Wahl Kohls zum Parteivorsitzenden hat Heck keine weiteren Funktionen in Partei oder Fraktion mehr übernommen. Noch einmal griff er entschieden in die politische Diskussion ein, als die sogenannte Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch auf der Tagesordnung des Bundestages stand. In ihrem später vom Bundesverfassungsgericht teilweise verworfenen Gesetz gaben SPD und FDP den Schutz des ungeborenen Lebens in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten faktisch preis. Sie argumentierten unter anderem mit der „sozialen Indikation“. Das ließ Heck aus der Haut fahren. Es gebe, so seine unmissverständliche Haltung, nichts „Asozialeres als eine Mutter, die ihrem Kind das Leben verweigert“.

## Die Jahre in der Stiftung

Heck schied, wie frühzeitig angekündigt, 1976 aus dem Deutschen Bundestag aus. Als „politischer Pensionär“ sah er sich deswegen keineswegs. Bereits 1956 hatte er den Vorsitz der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ übernommen, einer Vorläuferorganisation der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS). Zu deren Vorsitzenden war

er schon 1968 bestimmt worden; jetzt trat er auch faktisch an ihre Spitze. Die Geschäftsführung hatte zwischenzeitlich Manfred Wörner inne.

Von 1970 bis 1989 trug Heck in seiner gleichzeitigen Funktion als Herausgeber der *Politischen Meinung* zu ihrer steigenden Bedeutung bei.

Heck schwebte vor, die KAS zu einer Art Impulsgeber für die politische Diskussion und, noch grundsätzlicher, zu einem Träger der Demokratieförderung zu machen. Diesem Ziel diente die 1981 gegründete „Politische Akademie“, und in diesem Kontext stand auch sein besonderes persönliches Interesse für zwei weitere Bereiche: die internationale Zusammenarbeit und das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP).

Vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes, der Hecks Denken wesentlich geprägt hatte, bildete die Demokratieförderung keineswegs nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der sogenannten Dritten Welt einen Schwerpunkt der Stiftungsarbeit. Im Zentrum stand Lateinamerika, dessen Freiheit und Entwicklung in den Siebziger- und Achtzigerjahren durch marxistisch-leninistische Bewegungen auf der einen Seite und durch die „Doktrin der nationalen Sicherheit“ auf der anderen Seite bedroht war. Die Stiftung leistete vor Ort hervorragende und erfolgreiche Arbeit. Sie war an dem Aufbau demokratischer Strukturen in vielen Ländern beteiligt. Dem Versuch eines Netzwerkes aus linken und linksextremen Kräften, die KAS wegen dieser Arbeit öffentlich zu diskreditieren, trat Heck entschlossen entgegen.

Der zweite Schwerpunkt war der Aufbau des ACDP, das auf Überlegungen von Heinrich Krone und Helmut Kohl zurückging. Es entstand nicht zuletzt aus dem Bestreben, einer Legendenbildung entgegenzutreten: Die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition wurde vielfach zu einer „Stunde null“ west-

deutscher Deutschland- und Ostpolitik stilisiert. Geflüsselt wurden die Bemühungen um den Dialog und die Kooperation mit den Staaten Ost- und Mitteleuropas und auch die Kontaktversuche mit der DDR unterschlagen, die bis in die Adenauer-Zeit zurückgingen und von seinen Nachfolgern Erhard und Kiesinger intensiviert worden waren. Heck hat den Ansatz für das ACDP erweitert und gestaltend mit dazu beigetragen, dass es zum „Gedächtnis“ der christlich-demokratischen Bewegung geworden ist.

Als Vorsitzender der KAS legte Heck großen Wert auf ihre Unabhängigkeit von der Partei – und zugleich betonte er ihre geistig-politische Nähe. Partei und Stiftung haben davon ihren Vorteil gehabt.

Heiner Geißler, parteiintern Heck nicht unbedingt nahestehend, schrieb ihm zu seinem siebzigsten Geburtstag, in seiner Stiftungsarbeit verkörpere er „eine Synthese von Geist und Politik, die nicht im Grundsätzlichen verharret, sondern beharrlich für die konkrete Tat eintritt“. Was als Kompliment formuliert war, beschrieb den Stiftungsvorsitzenden zutreffend.

Heck, der gestalten und bewegen wollte, war folgerichtig keine immer einfache Führungspersönlichkeit. Sein priesterlicher Freund Heinrich Basilius Streithofen schrieb, er sei „wie ein Patriarch“ gewesen und durchaus auch „leicht autoritär“ – aber zugleich von großer Fürsorglichkeit. Seinem Nachfolger Bernhard Vogel konnte Heck 1989 eine gut aufgestellte Stiftung übergeben, deren Arbeit weit über den eigenen politischen Bereich hinaus Anerkennung fand.

Die Verwirklichung eines großen Zieles christlich-demokratischer Politik von Adenauer bis Kohl hat Bruno Heck nicht mehr erlebt: die Wiedervereinigung Deutschlands. An dieses Ziel hatte er als deutscher Patriot und überzeugter Europäer immer geglaubt. Keine acht Wochen nach seinem Tod fiel die Berliner Mauer.